

Reiner Pracht
Reuthstr.24
91099 Poxdorf
E-Mail: Reiner.Pracht@web.de
www.gegenwind.bayern

Poxdorf, den 23.12.2018

Bayerischer Landtag
Hubert Aiwanger
Staatsminister für Wirtschaft, Energie und Technologie
Maximilianeum
81627 München

Offener Brief

Fragen zum Interview mit Frau Doris Fenske vom Bayerischen Rundfunk am 17.12.2018

Sehr geehrter Herr Aiwanger,

in dem Interview mit Frau Doris Fenske vom Bayerischen Rundfunk [1] trafen Sie Aussagen, die nicht zum Koalitionsvertrag mit der CSU passen. Ich möchte Sie daher bitten zu meinen Fragen Stellung zu nehmen. Diesen Brief und Ihre Antworten werde ich auf meiner Homepage www.gegenwind.bayern veröffentlichen.

Frage von Doris Fenske (Zeitpunkt im Video 00:11):

„Herr Aiwanger, Sie sind der erste bayerische Energieminister, der sich für eine dezentrale Energiewende ausspricht. Wie und vor allem wann soll die denn kommen?“

Antwort von Hubert Aiwanger (Zeitpunkt im Video 00:19):

„Die muss ab sofort loslegen. Wir haben ja jetzt den bayerischen Energiegipfel gehabt und haben die Akteure mit ins Boot genommen und wir müssen jetzt einfach zeigen, alles tun was uns in der Energiewende nach vorne bringt. Auch im privaten Bereich, auch im industriellen Bereich, also wir haben viele Ansätze von Photovoltaik bis Wasserkraft die wir jetzt umsetzen müssen.“

Meine Feststellung:

Ihre Partei, die Freien Wähler, favorisiert eine dezentrale Energiewende, aber der Koalitionsvertrag [2] betont im Kapitel 3 "Für eine nachhaltige Energie" nicht nur die Versorgungssicherheit als eine wesentliche Voraussetzung für die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Bayern, sondern auch die Notwendigkeit eines Netzausbaus und der Errichtung von Stromtrassen.

Folgende Zitate geben das wieder:

- "Wir wollen so viel Energie wie möglich in Bayern produzieren."
- "Unser Blick ist dabei gleichzeitig auf dezentrale wie zentrale Lösungen gerichtet."
- "Der Ausbau erneuerbarer Energien kann aber nur synchron mit dem Netzausbau und intelligenter Steuerung erfolgen."

In Ihrer Antwort an Frau Fenske fehlt aber jeglicher Hinweis auf den weiteren Ausbau von Stromtrassen. Daher ergeben sich für mich folgende Fragen:

Frage 1: Welche Priorität geben Sie dem Ausbau der Stromtrassen?

Frage 2: Welche Priorität geben Sie dem Ausbau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen?

Frau Fenske befragte Sie direkt zum Thema 10H-Regelung bei der Windkraft:

Frage von Doris Fenske (Zeitpunkt im Video 01:16):

„Dafür braucht es bessere politische Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien. Die Windkraft ist in den letzten Jahren zum Erliegen gekommen - wegen der 10H Regelung. Sie halten daran fest. Wie soll es dann mehr Windkraft geben in Zukunft?“

Antwort von Hubert Aiwanger (Zeitpunkt im Video 01:27):

„Also wir haben schlichtweg nicht durchsetzen können da mit 10H zu lockern, aber es ist ja möglich trotz 10H diese 10H Abstandsregelung zu unterschreiten wenn die Gemeinden den Weg mitgehen.“

Frage von Doris Fenske (Zeitpunkt im Video 01:40):

„Ja das haben wir ja bisher auch schon, aber man hat gesehen das ist ein sehr schwieriger Weg für die Gemeinden.“

Antwort von Hubert Aiwanger (Zeitpunkt im Video 01:43):

„Ja das ist natürlich der Punkt und jetzt müssen wir über die kommunalen Versorger, über Energiegenossenschaften versuchen ja dieses 10H dahingehend zu unterlaufen und aufzubrechen, dass die vor Ort erkennen, es bringt uns was wenn ich Windenergie installiere, das die Gemeinde davon profitiert. Dann gehen sie auch diesen Weg wieder mit.“

Meine Feststellung:

Die Begriffe "unterlaufen" und "aufzubrechen" haben für mich einen sehr negativen Beigeschmack. Ich verbinde sie mit Begriffen wie "Bestechung" oder "Käuflichkeit". Im Koalitionsvertrag [2] ist eindeutig vereinbart "Wir werden den weiteren Ausbau der Windkraft im Einvernehmen mit Bürgerinnen und Bürgern und Kommunen voranbringen. Dabei halten wir an der geltenden bayerischen Rechtslage fest."

Zur Klärung der inhaltlichen Bedeutung Ihrer Antwort habe ich die folgenden Fragen:

Frage 3: Wollen Sie durch finanzielle Mittel die Bauleitplanung der Gemeinden bei der Errichtung von Windkraftanlagen fördern?

Frage 4: Wie wollen Sie kommunale Versorger und Energiegenossenschaften motivieren Windkraftanlagen zu errichten?

Frage 5: Wie wollen Sie Gemeinden zeigen, dass sie profitieren wenn sie Windkraftanlagen errichten? Wollen Sie Gemeinden, die bereit sind Windkraftanlagen zu errichten, bei anderen Gemeindeprojekten z.B. Kindergärten, Schulen oder Hochwasserschutz finanziell unterstützen?

Frage 6: Was verstehen Sie unter den Begriffen "unterlaufen" und "aufzubrechen"? Können Sie dies mit Beispielen erläutern?

Sehr geehrter Herr Aiwanger, ich befasse mich seit Jahren mit der Energiewende. Ich bin der Meinung, dass die 10H-Regelung ein wichtiges demokratisches Element ist, da nur sie es den Bürgern ermöglicht im Rahmen der Bauleitplanung gegen den Bau von Windkraftanlagen zu votieren. Die Gründe dafür sind vielfältig. Es sind Bedenken hinsichtlich der Gefährdung der Tierwelt, der Zerstörung des Landschaftsbildes, der Sinnlosigkeit der volatilen Energieerzeugung, der Reduzierung von Immobilienwerten und natürlich die Gefährdung der menschlichen Gesundheit. In diesem Zusammenhang weise ich Sie darauf hin, dass die Weltgesundheitsorganisation WHO vor dem Lärm von Windrädern warnt [3]. Schlafstörungen und Herz-Kreislauf-Probleme können die Folge sein [4]. Auch zum Infraschall gibt es mittlerweile belastbare Untersuchungen [5], die die Gefährlichkeit des tieffrequenten Schalls beweisen. Die Besonderheit dieser Lärmquelle ist die große Reichweite und der fehlende Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung. Falls Sie Anwohner von Windkraftanlagen nicht gesundheitlich gefährden wollen, bleibt zurzeit nur ein großer Sicherheitsabstand übrig. Mit der 10H-Regelung ist dies möglich. Die Akzeptanz in der ländlichen Bevölkerung nimmt ab, da meistens nur wenige Bürger – hauptsächlich die Grundstücksbesitzer - den größten Nutzen vom Bau von Windkraftanlagen erzielen. Die Mehrheit der Bürger sehen eher die Nachteile. Auch die technischen und physikalischen Probleme von Photovoltaik und Windrädern werden immer offensichtlicher. Die Akzeptanz bei den Bürgern kann nicht erzwungen werden und sie ist auch nicht käuflich [6].

Abschließend möchte ich Sie nochmals bitten, meine Fragen zu beantworten. Sie tragen damit dazu bei Zweifel über die Einhaltung des Koalitionsvertrages zu zerstreuen und Ihre Akzeptanz der 10H-Regelung zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Reiner Pracht

Mitglied beim Verein für Landschaftspflege und Artenschutz in Bayern e.V. (VLAB)

Mitglied bei Vernunftkraft - Bundesinitiative für vernünftige Energiepolitik

Referenzen:

[1] <https://www.br.de/mediathek/video/interview-mit-hubert-aiwanger-av:5c17e4f2d8d3e600189f325d>

[2] https://www.freie-waehler-bayern.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Koalitionsvertrag__Gesamtfassung_2018-11-04_final_ohne_Arbeitsweise.pdf

[3] <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Windenergieanlagen-WHO-warnt-vor-gesundheitsschaedlichen-Laerm-4186234.html>

[4] <https://www.tagesschau.de/ausland/who-windenergieanlagen-laerm-101.html>

[5] <https://www.zdf.de/dokumentation/planet-e/planet-e-infraschall---unerhoerter-laerm-100.html>

[6] www.vernunftkraft.de/akzeptanz-ist-nicht-kaeufllich/